



Antrag

der Abgeordneten **Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Martina Fehlner, Florian von Brunn, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Keine Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten für Lehrkräfte – Freistaat muss endlich bei Personalversorgung liefern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf gesetzliche Einschränkungen der familienpolitischen Teilzeit bei Lehrkräften zu verzichten. Stattdessen sind andere wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation an den Schulen zu ergreifen:

- Reform der Lehrkräfteausbildung endlich voranbringen, um die Ausbildung zweckmäßiger und attraktiver zu gestalten
- bessere Bedingungen für Quereinsteigende schaffen
- Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlasten und mehr Verwaltungspersonal einstellen
- multiprofessionelle Teams an allen Schularten ausbauen

Begründung:

Die Lehrkräfte an Gymnasien in Bayern haben bei der Umstellung von G8 auf G9 zu Beginn dieses Schuljahres gezeigt, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind und freiwillig mehr Unterrichtsstunden übernommen. Auch die Lehrkräfte anderer Schularten leisten vielfach Mehrarbeit, die noch nicht einmal erfasst wird. Die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, die familienpolitische Teilzeit künftig nur noch bis zum 14. Lebensjahr zu gewähren, missachtet dieses Entgegenkommen und macht den Lehrberuf unattraktiver. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist sowohl für Frauen als auch für Männer zwingend, weil viele Familien auf zwei Einkommen angewiesen sind.

Während neue Belastungen für Lehrkräfte angekündigt werden, ist nicht ersichtlich, welchen zusätzlichen Beitrag der Staat als Arbeitgeber leistet, um mehr Personal an die Schulen zu bringen. Die Reform der Lehrerbildung, die für ein attraktives und zeitgemäßes Studium sorgen soll, kommt nicht voran. Das sogenannte Expertengutachten zur Lehrkräftebildung wurde erst lange nicht vorgelegt und nun ist nicht ersichtlich, was daraus folgt.

Quereinsteigende werden an den Schulen dringend gebraucht, wegen zahlreicher Hürden und schlechter Bedingungen ist ihre Zahl zuletzt wieder gesunken. Der Ausbau der multiprofessionellen Teams an Schulen (u. a. Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen) bleibt weit hinter den Anforderungen der sich wandelnden Schulwelt zurück. Neue, zeitgemäße Konzepte der Schulorganisation sind nicht erkennbar.

Und jetzt werden Maßnahmen angekündigt, die einseitig die Lehrkräfte einschränken. Das ist kontraproduktiv und kann zu mehr Krankheitsausfällen und Dienstunfähigkeiten führen. Eine wirksame Personalpolitik muss alle Beteiligten miteinbeziehen und darf nicht eine Gruppe einseitig belasten. Dies gilt auch für weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes, beispielsweise für Polizistinnen und Polizisten.